

KNACKpunkt

transparent
sozial
ökologisch

Braunshardt • Gräfenhausen • Riedbahn • Schneppenhausen • Weiterstadt



Am 28. September 2025 wählt Weiterstadt seinen Bürgermeister.

Lesen Sie mehr im Innenteil auf Seite 5.

Fuß- & Radverkehr in Weiterstadt – es wird immer schlechter

von Gerhard von Tiling

Weiterstadt ist im ADFC-Klimatest von Note 3,9 auf 4,2 abgerutscht und ist nun eine der schlechtesten Städte im Landkreis. Wundern darf man sich darüber allerdings nicht, denn für die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger wird nichts getan. Wenn einmal etwas unternommen wird, ist es halbherzig und verschlimmert dadurch oft die Situation.

Als Beispiel nehme ich jetzt den Braunshardter Weg, der ja bekanntlich der Schulweg der Braunshardter Kinder zur ADS ist. Hier hat man das Verkehrsschild „Verbot des Überholens von einspurigen Fahrzeugen für mehrspurige Kraftfahrzeuge“ angebracht. Das Schild hätte direkt angrenzend an unsere Fahrradstraße, die am Sportplatz (Höhe Waldblick) endet, gehört. Damit hätte man einen durchgehend sicheren Schulweg gehabt.



Die Stadt hat aber ein paar hundert Meter freigelassen, möglicherweise um den Auto-

fahrenden die Möglichkeit zu geben, die Schulkinder und Zweiradfahrer auf einer kurzen Strecke zu überholen, auf der Überholen nicht gestattet ist, da die Straße zu eng ist und der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann. Die wenigsten halten sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h. Das Verbot, auf einer so beschilderten Strecke keine Zweiradfahrer zu

überholen, wird gerne ignoriert. Um die Sicherheit zu erhöhen, müsste das Überholverbot auch noch durch die Unterführung Forststraße ausgeweitet werden. Warum hat man die Fahrradstraße nicht einfach bis nach Braunshardt verlängert?

Im Darmstädter Echo war zu lesen, dass die Stadt ja so gerne die Fahrradstraße verlängern möchte, aber leider das Geld fehlt. Wären für den Abschnitt, den ich beschrieben habe, wirklich Kosten in Höhe von 242.000,-€ zu erwarten? Für ein paar Verkehrsschilder und etwas Farbe? Wo kaufen die nur ein? Ungeachtet der tatsächlichen Kosten darf die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger nie zu teuer sein.

Weiter geht's zur Darmstädter Straße. Hier hat sich seit Jahren für die Fußgänger und Radfahrer nichts geändert. Die Gehwege werden zugeparkt, sodass es für Kinderwagen, Rollstühle und Rollatoren stellenweise so eng wird, dass man die Straßenseite wechseln, bzw. auf die Straße ausweichen muss. Radfahrer:innen benutzen aus lauter Angst vor sich vorbeiquetschenden Autos oft den Gehweg, ganz zu schweigen von Überholvorgängen und Begegnungen mit den Linienbussen. Hier wird dringend ein anständiges Verkehrskonzept benötigt. Scheitert aber auch hier die Sicherheit am Geld?

In der Rudolf Diesel Straße endet die Tempo 30 Zone vor der Unterführung, in der es eng und dunkel wird. Das soll mal einer verstehen. Die Tempo 30 Zone sollte unbedingt auf die Unterführung ausgeweitet werden.

Da in Weiterstadt demnächst ja einige kommunalpolitische Entscheidungen anstehen, habe ich nun doch noch etwas Hoffnung, dass es die eine oder andere Verbesserung geben wird. Denn wie heißt es in einem alten Sprichwort: „Am Abend werden die Faulen munter.“

Gegen unseren Widerstand: Weniger Betreuungszeit und höhere Gebühren

von Barbara Pohl und Markus Nolte

Unzureichende Kinderbetreuung, die Schwierigkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren sind die Hauptgründe, warum viele Frauen nicht arbeiten können, bzw. nur wenig arbeiten können. Mittlerweile sind auch Männer betroffen, wenn auch in geringerem Maß. Dies bleibt nicht ohne Folgen, denn vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Nicht nur während ihres Arbeitslebens, sondern vor allem auch, wenn es in die Rente geht. Altersarmut ist vor allem weiblich. Obwohl dies alles schon lange bekannt ist, wurde Ende letzten Jahres von der SPD und FWW-Kooperation eine Neufassung der Gebühren- und Nutzersatzung der städtischen Kindertageseinrichtungen beschlossen – gegen unseren massiven Widerstand. Denn diese Neufassung beinhaltet eine Kürzung der Öffnungszeiten bei gleichzeitiger Erhöhung der Gebühren: mit anderen Worten weniger Angebot, aber teurer.

Was bedeutet das nun konkret für eine Familie? Eine Familie, die ein zweijähriges Kind in eine städtische Krippe gibt, musste bisher 461.– € plus 100.– € Essensgeld bezahlen. Das ist ja schon ein stolzer Preis, nämlich 561.– €, aber immerhin waren die Randstunden abgedeckt. In dem neuen Modell gibt es keine Abdeckung mehr bis 17.00 Uhr, sondern nur noch bis 16.00 Uhr, freitags sogar nur bis 15:30 Uhr, aber dafür wird diese Familie jetzt – einschließlich Essensgeld- knapp 570.– € zahlen müssen. Menschen, die erst ab 9:00 Uhr arbeiten können und berufsbedingt eine möglichst lang in den Nachmittag reichende Betreuungszeit benötigen, müssen ab 7:00 Uhr buchen, da kein Zeitmodell ab 8:00 Uhr existiert.

Dies stellt Familien vor große Herausforderungen, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern vor allem auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was passiert denn, wenn ich ständig unter Stress stehe, entweder eher von der Arbeit weg muss, oder in Kauf nehme, gerade so rechtzeitig mein Kind abzuholen? Dann werde ich versuchen meine Arbeit

zu reduzieren oder, wenn finanziell machbar, zu pausieren – und zwar, wenn möglich, bis das Kind drei Jahre ist, denn dann komme ich in die wesentlich günstiger zu finanzierende Betreuung der über dreijährigen Kinder.

Diese Arbeitskraft fehlt dann wieder dringend im



Arbeitsmarkt. Übrigens auch im Arbeitsmarkt der Erzieher und Erzieherinnen, denn von denen gehen viele Teilzeit arbeiten. 2017 kritisierten die Vereinten Nationen, dass in Deutschland zu wenig Frauen erwerbstätig seien. Grund sei die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Jedes Jahr gingen der deutschen Wirtschaft Milliarden verloren, weil lediglich rund 54 Prozent der Frauen erwerbstätig seien.

Wir als ALW-GRÜNE sehen es als unsere Aufgabe an, eine gute bezahlbare Kinderbetreuung anzubieten, und zwar für Kinder ab ein Jahr – so sieht es ja auch eigentlich das Gesetz vor. Wir sollten alles dafür tun, den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Geburt eines Kindes den Eltern so einfach wie möglich zu machen. Dies ist sowohl in unser aller Interesse – wir gewinnen nämlich Fachkräfte – als auch im Interesse der Betroffenen, die sich durch qualifizierte Arbeit, ein gutes Auskommen und wenig oder keine Rentenlücken ein bezahlbares Einkommen jetzt, aber auch in Zukunft, sichern können. Wir werden weiterhin für eine längere, bezahlbare Kinderbetreuung kämpfen.

Wärmeerzeugung von gestern

von Barbara Pohl und Heinz-Ludwig Petri

Lange haben wir als ALW-GRÜNE dafür gekämpft, dass der Energiebericht von 2011 überarbeitet und fortgeschrieben wird. Endlich passiert etwas! Zumindest wurde im Rahmen des Berichtswesens für das Immobilien Management eine Bestandsliste der Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden vorgelegt. Auf den Energiebericht warten wir noch.

Aber bereits diese Bestandsliste hat es in sich. Die Stadt betreibt über 10 Heizungsanlagen, die kurzfristig saniert werden müssen. Darunter befinden sich etliche Öl- oder Gasheizungsanlagen noch aus den 80er Jahren. Dazu gehören auch die Kindertagesstätte in der Dresdner Straße und die Sporthalle in Braunshardt.

Mittelfristig zu sanieren sind bis spätestens 2030 immer noch weitere 4 Gebäude in städtischem Eigentum, darunter die Kindertagesstätte in Schneppenhausen.

Im Haushalt 2025 sind für die Heizungsanierungen keine Beträge eingestellt. Deshalb muss dringend für den Haushalt 2026, aber auch für die folgenden Haushalte, Geld für die Sanierung bereitgestellt werden.

Mit den veralteten fossilen Heizungsanlagen verlieren wir täglich Geld durch hohe Brennstoffkosten und belasten das Klima. Ganz abgesehen davon, dass wir energieeffiziente Gebäude brauchen und wollen.

... oder auch so.



Es ginge auch so ...

Wir erwarten vom Bürgermeister, dass er den Energiebericht zeitnah vorlegt, verbunden mit einer Prioritätenliste der zu sanierenden Heizungsanlagen und die anfallenden Kosten.

Die Stadt Weiterstadt ist bereits seit 2010 Teil der Klimakommunen Hessen. Sie hat sich verpflichtet, für Weiterstadt u.a. einen Aktionsplan zu entwickeln, in dem regelmäßig über ihre Aktivitäten im Bereich Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu berichten ist.

Auch die Öffentlichkeit soll mit einbezogen werden. Hier ist aus unserer Sicht noch viel zu tun. Zum Beispiel einen Klimaschutzplan, der diesen Namen auch verdient hat, und gerade auch in Anbetracht der gegenwärtigen durch den Klimawandel bedingten Hitze einen Hitzeaktionsplan.



Zeit für einen Wechsel

von Heinz-Ludwig Petri und Udo Hamm



Nach 12 Jahren braucht Weiterstadt einen neuen Bürgermeister. Einen, der die Zeichen und Notwendigkeiten der Zeit erkannt hat und sich zügig an die Lösung der Probleme macht. Denn Klimakatastrophe, Starkregenereignisse und Ärztemangel dulden keinen Aufschub.

Nur zu sagen „Wir sind auf einem guten Weg.“ reicht nicht aus. Handeln ist gefragt! Weiterstadt braucht einen Bürgermeister, der

- den Größenwahnsinn Apfelbaumgarten II beendet und sich auf den Bauabschnitt 1 konzentriert,
- auf die 14 ha Land verschlingende Querspanne mitten durch die Kommune verzichtet,
- kein weiteres Gewerbegebiet „Gehaborner Hof“ will,
- der ungebremsten Flächenversiegelung Einhalt gebieten will,
- die Betreuungszeiten der Kindertagesstätten wieder von 7 Uhr bis 17 Uhr ausdehnt und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht,
- sich um ausreichend Plätze für ambulante und stationäre Pflege kümmert,
- dafür sorgt, dass sich Bürgerinnen und Bürger sicher zu Fuß und mit dem Rad in Weiterstadt bewegen können,
- sich um eine gute Entwicklung des Weiterstädter Innenstadtbereiches kümmert,
- zügig Schulstandorte mit dem Kreis abstimmt, damit den Weiterstädter Kindern und Jugendlichen Schule wieder Spaß macht,
- ausreichend bezahlbare KiTa-Plätze vorhält,
- die ärztliche Versorgung in Weiterstadt verbessert,
- den innerstädtischen ÖPNV verbessert,
- wahrhaftige statt schön gerechneter Haushalte vorlegt,
- sich rechnende Investitionen in die Zukunft tätigt,
- die Stadt klimafest gestaltet – dazu gehören Hitzeaktionsplan, Klimaschutzplan, Schutzmaßnahmen bei Starkregenereignissen (nicht nur durch Erweiterung des Kanalsystems), Entsiegelung öffentlicher Flächen und Verschattung,
- die Straßenbeiträge abschafft,
- an einer barrierefreien Stadt arbeitet,
- die kommunalen Gebäude einschließlich der Wärmezeugung fit für die Zukunft macht,
- solare Stromerzeugung forciert und
- seine Verwaltung führt, motiviert und kosteneffizient organisiert.



Gehen Sie zur Wahl und wählen Sie den Wechsel.



Die ungebremste Flächenversiegelung muss ein Ende haben

von Heinz-Ludwig Petri und Barbara Pohl

30 ha Ackerland für den Apfelbaumgarten II, 14 ha Ackerland für eine Straße mitten durch Weiterstadt vom Bürgerhaus Braunshardt bis Gräfenhausen Höhe Feuerwehr und nun noch der Plan eines Gewerbegebietes „Gehaborner Hof“ in noch unbekannter Größe müssen gestoppt werden! In Zeiten des Klimawandels, Starkregenereignissen, Hitze und Trockenheit verbieten sich derartige größenwahnsinnige Projekte. Zumal Weiterstadt nur über begrenzte Flächen verfügt, und jedes dieser Projekte wertvolles Ackerland und Naturschutzflächen vernichtet. Dazu kommt, die kommunale Infrastruktur reicht für das zur Zeit Vorhandene nicht aus. Beim Apfelbaumgarten II ist mit uns der Bauabschnitt 1 machbar. Dort können bezahlbare Wohnungen und ein Alten- und Pflegeheim entstehen. Grundstückskäufe in den Bauabschnitten 2 bis 4, wie gerade geschehen,

lehnen wir ab. Falls nicht über den Bauabschnitt 1 hinaus gebaut wird, hätte die Kommune zu Lasten der Weiterstädter:innen teures Bauland auf Kreditbasis erworben, das am Ende als Ackerland genutzt wird. Ohne die Bauabschnitte 2 bis 4 des Siedlungsmonsters Apfelbaumgarten II braucht es keine Querspange mitten durch die Gemarkung.

Weiterstadt hat ausreichend Gewerbegebiete. Am Ende entstehen wieder Logistikzentren ohne nennenswerte Arbeitsplätze. Ein weiteres südlich des Gewerbegebietes Weiterstadt West ist, nur weil es die Stadt Darmstadt so will, nicht nötig. Weiterstadt kann Wohnraum auch ohne riesige neue Siedlungsgebiete schaffen. Andere Städte machen uns das vor. Die Stichworte heißen innerstädtische Verdichtung, Leerstandskataster, Aufstockungen und Ausbau von Dachgeschossen.

Es mangelt an gutem ÖPNV

von Daniel Nöchel

Die Einstellung des Shuttle-on-demand im Westkreis hat eine Lücke im innerörtlichen ÖPNV aber auch zum Bahnhof der Nachbarkommune Erzhausen gerissen. Insbesondere am Wochenende und in den Abendstunden mangelt es an guten innerörtlichen Verbindungen, die durch das Shuttle-on-demand abgedeckt wurden. Beispielsweise ist es am Wochenende und in den Abendstunden nach 22.00 Uhr ausgesprochen schwierig, per ÖPNV von einem Stadtteil in einen anderen zu kommen. Auch wenn es den Linien WE1 bis WE4 an der Individualität des Shuttle-on-demand fehlt, halten wir es bei diesen Linien durchaus für machbar, Routenführungen, Haltestellen und Zeiten so anzupassen, dass es möglich ist, mit dem ÖPNV auch am Wochenende und in den späten Abend- und Nachtstunden die Stadtteile und die Nachbarkommunen zu erreichen. Zudem bedarf es einer Verbesserung der Taktung von Weiterstadt nach Erzhausen und einer Verbindung nach



Wixhausen mit einer besseren Anbindung des Bahnhofes Weiterstadt an die WE-Buslinien. Besonders bedauerlich sind die Absichten, Buslinien aus Weiterstadt nicht mehr über den Luisenplatz in Darmstadt zu führen, der ja eine sehr wichtige Umsteigehaltestelle ist. Der Willy-Brandt-Platz ist keine Alternative, insbesondere für Ältere und Menschen mit Beeinträchtigungen. Der Mathildenplatz als Endhaltestelle wäre zwar barrierefrei, jedoch auch hier wäre der Weg der vorgenannten Gruppen mit Hindernissen gespickt. In Zeiten des Klimawandels und der angestrebten Mobilitätswende wird an der falschen Stelle gespart. Wir wünschen uns im Rahmen des DA-DINA Nahverkehrsplanes nutzerfreundliche und zukunftsfähige Lösungen.

Der Klimawandel ist jetzt – auch in Weiterstadt

von Nils Schott

Die Folgen der Klimakrise sind längst Realität. Auch bei uns häufen sich extreme Wetterereignisse: Sintflutartige Starkregen setzen ganze Stadtteile unter Wasser. Hitzeperioden mit über 30 °C am Tag und tropischen Nächten über 20 °C belasten den Körper stark und machen Menschen krank. Besonders ältere Menschen, Kinder oder Menschen mit Vorerkrankungen leiden unter Symptomen wie, Erschöpfung, Schlafstörungen oder Atemnot.

schützt Leben. Sie beginnt mit Solaranlagen auf allen öffentlichen Gebäuden, der Entsiegelung von Flächen und mehr Grün in der Stadt.

Ist seit dem ersten Starkregenereignis irgendwo eine Fläche entsiegelt worden? Doch selbst dort, wo sich Chancen bieten, bleiben diese ungenutzt. So gibt es immer noch eine Vielzahl von Plätzen, die versiegelt sind. Eine Erhebung von versiegelten Flächen wäre von großem Nutzen.



GRÜNFLÄCHEN



STATT GRAUFLÄCHEN

Weiterstadt muss handeln – und zwar jetzt!

Die Gesundheitsministerkonferenz hat bereits 2020 alle Kommunen aufgefordert, bis 2025 kommunale Hitzeaktionspläne zu erarbeiten. Wo ist der Hitzeaktionsplan für Weiterstadt?

Wir brauchen Informationskampagnen, Aushänge mit Verhaltenstipps, Checklisten für den Alltag – und vor allem Schutzkonzepte für Kitas, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Kommunale Klimapolitik

Solche Chancen müssen ergriffen werden:

Wiese statt Asphalt und Bäume statt Sonnenschirme! Die Wiese nimmt das Wasser bei Regen auf, und Bäume spenden Schatten und kühle Luft bei Hitze. Dabei darf es nicht allein um Kosten gehen: Wer hier spart, spart an der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger.

Klimaschutz schützt Leben – unsere Jüngsten, unsere Ältesten und uns!



Zum wiederholten Male – Straßenbeiträge abschaffen

von Heinz-Ludwig Petri

An die maroden Straßen in Weiterstadt haben wir uns ja schon fast gewöhnt. An die Abzocke mit wiederkehrenden Straßenbeiträgen nicht. Es kann schlicht und ergreifend nicht sein, dass grundhaft zu erneuernde Kommunalstraßen, die von allen Weiterstädterinnen und Weiterstädtern

genutzt werden, immer nur die Eigentümer der Grundstücke des Stadtteiles bezahlen, in dem die Straße erneuert wird.

Leider haben SPD und FWV die wiederholten Anträge angelehnt. Wir werden aber nicht locker lassen.

Werde jetzt Mitglied!



Du teilst unsere Werte, Ziele und Grundsätze? *



Du kannst Dir vorstellen, Dich kommunalpolitisch zu engagieren?



Dann bist Du bei ALW-GRÜNE genau richtig!



Wir freuen uns auf Dich!

Ansprechpartner: Heinz-Ludwig Petri (hlpetri@alw-gruene.de), Barbara Pohl (barbara.drpohl@go4more.de), Michael Slomka (michael.slomka@unitybox.de) oder schicke uns einfach eine E-Mail an info@alw-gruene.de

*siehe www.alw-gruene.de



Unsere kommunalpolitische Arbeit kostet Geld.

Wir finanzieren uns überwiegend aus den Spenden der Mandatsträger:innen. Das reicht nicht immer aus. Deshalb freuen wir uns sehr über jede weitere Spende. Über die Spende erteilen wir eine Spendenquittung.

Unsere Bankverbindung: IBAN DE83 5019 0000 6102 0651 30



Wir spenden ...

dem Weiterstädter Sozialfonds zur Unterstützung bedürftiger Kinder 200,- €.

Alternative Liste Weiterstadt-Grüne

Heinz-Ludwig Petri

Telefon: 06150 8673 232

hlpetri@alw-gruene.de



ALW-GRÜNE
TRANSPARENT • SOZIAL • ÖKOLOGISCH
WEITERSTADT



www.alw-gruene.de

[f](#) ALW-GRÜNE

[i](#) alw.gruene_weierstadt

Impressum

Knackpunkt

Ausgabe 82 – 08/2025

V.i.s.d.p.:

Heinz-Ludwig Petri
Lindenstraße 45
64331 Weiterstadt

Redaktion

Dr. Udo Hamm, Daniel Nöschel, Dr. Markus Nolte, Heinz-Ludwig Petri, Dr. Barbara Pohl, Nils Schott, Dr. Michael Slomka, Dorothee Spätling-Slomka, Gerhard von Tiling

Fotografien/Grafiken

ALW-GRÜNE, freepik.com, stock.adobe.com

Gestaltung

Pallium GmbH, Weiterstadt
www.pallium.de

Gedruckt auf
100% recyceltem
FSC®-zertifiziertem Papier